

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Rudolf Köpcke
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Königsplatz 10, Dresden
Telefon: 1111

Druck: Rudolf Köpcke
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Königsplatz 10, Dresden
Telefon: 1111

Verlag: Rudolf Köpcke
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Königsplatz 10, Dresden
Telefon: 1111

Die Zeit arbeitet gegen Frankreich

Berlin wartet vor einer Konferenzvertagung

Paris, 18. Januar. Berlin wartet im „Echo de Paris“ erneut gegen die Absicht, die Lausanner Konferenz auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Er betont in diesem Zusammenhang, daß die Zeit gegen Frankreich arbeite und daß eine Vertagung der Konferenz dazu führen würde, die Tribüne endgültig zu begraben. Wenn man betone, daß die zur Vertagung stehende Zeit dazu benutzt werden könne, die gegenseitigen Auffassungen einander anzunähern, so verfolge man, das Inzwischen die Abrüstungskonferenz tagen werde, die neue Meinungsverschiedenheiten mit sich bringe und damit eine ruhige Beurteilung der internationalen Fragen vereitelt werde.

Mussolini kommt nach Lausanne?

Englische Blätter über die Aussichten der Tribunkonferenz London, 18. Januar. Die heutigen Morgenblätter betrachten es als ausgemacht, daß die Lausanner Konferenz lediglich das Deutschland gewährte Moratorium um einige Monate verlängern und sich dann um 6 Monate vertagen werde. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ führt aus: Selbst wenn Frankreich an der Konferenz teilnehmen sollte, werde es dies widerwillig und mißtrauisch tun. Die französische Regierung würde ihre Anwesenheit davon abhängig machen, daß kein Versuch unternommen werde, etwas anderes als die allerprovisorischen Beschlüsse zu fassen. Der wahre Grund dafür sei, daß Frankreich unter allen Umständen auf der Weiterzahlung der ungeschätzten Annuitäten nach verhältnismäßig kurzer Zeit, etwa nach zwei Jahren, bestehen werde und einer Verminderung der geschuldeten Annuitäten nur insofern zustimmen wolle, als Amerika ein entsprechendes Zugeständnis mache. Angesichts der Haltung des Kongresses könne aber gegenwärtig die Frage Amerika gegenüber offiziell nicht vorgetragen werden. „Morning Post“ erklärt eine Lösung der Reparationsfrage ohne Amerika für unmöglich. Die Lausanner Konferenz, die den europäischen Teil des verwickelten Schuldproblems lösen sollte, könne zu keiner Lösung auf rein europäischer Grundlage kommen. Der politische Korrespondent des „Daily Herald“ erzählt, daß Mussolini an der Lausanner Konferenz teilnehmen würde, falls MacDonald auch zuzustimmen wäre. Mussolini betrachte die Reparationskonferenz als wichtiger für die Zukunft der Welt als die Abrüstungskonferenz, weil erst ein erfolgreicher Abschluß jener die Lösung des Abrüstungsproblems ermöglichen würde.

Aufhebung des Abzeichenverbots

Berlin, 18. Januar. Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 wird folgendes verordnet: Vom Inkrafttreten dieser Verordnung ab gilt das im 2. Teil, Kapitel 2, der Bisherigen Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1921 ausgesprochene Verbot des Tragens von Abzeichen nicht mehr für Kappen, Hosentasten und ähnliche kleinere Abzeichen in der Form und Größe, wie sie bisher bei politischen Vereinigungen üblicher Weise getragen wurden. Der Reichspräsident hat diese Verordnung noch am Sonnabend unterzeichnet. Sie ist im heutigen Reichsanzeiger erschienen. Von morgen ab dürfen wieder sämtliche Abzeichen getragen werden, sofern sie nicht die üblichen Maße überschreiten.

Eine Note MacDonalds an Laval

London, 18. Jan. In einer offensichtlich amtlich beeinflussten Mitteilung sagt die „Times“, man hoffe in London noch immer, daß die Konferenz in Lausanne am 25. Januar beginnen werde. Das Datum sei aber noch nicht endgültig festgelegt, da die Rabinetbildung in Paris eine Verzögerung verursacht habe. In London gewinne die Ansicht an Boden, daß die Konferenz den gegenwärtigen Tributzahlungsauflauf um einige Monate vertageln kann. Auf einen guten Kameraden Augenblick nach den Wünschen in Frankreich und der Reichspräsidentenwahl zusammenzutreten solle dann die Tributfrage geregelt werden. Nach englischer Auffassung stehe eine Verlängerung des Hoovermoratoriums für die Kriegsschulden gegenwärtig nicht zur Erörterung, da bis zum 15. Dezember keine weiteren Zahlungen von England an Amerika fällig werden. Nach dem Pariser Verleihenatter des „News Chronicle“ hat MacDonald in diesem Sinne eine Note an Laval geschickt.

Volksbegehren in Oldenburg erfolgreich

Oldenburg, 18. Jan. Die Listen für das nationale sozialistische Volksbegehren auf Auflösung des Landtages sind am Freitag geschlossen worden. Nach den bisher vorliegenden Einzelwahlergebnissen sind 51 000 Stimmen abgegeben worden. Aus einem Bezirk mit etwa 114 000 Wahlberechtigten erwartet man heute den Antragsteller des Volksbegehrens noch über 15 000 Einzelstimmen, so daß das wahrscheinliche Ergebnis etwas über 65 000 liegen dürfte. Bekanntlich sind für die Gültigkeit des Volksbegehrens nur 20 000 Stimmen notwendig. Von dem Ergebnis der von den verschiedenen Parteien in Aussicht genommenen Verhandlungen über die weitere Gestaltung der politischen Verhältnisse des Landes wird es jetzt abhängen, ob es zum Volksentscheid kommen wird, oder ob man in Oldenburg den billigeren und einfacheren Weg der Parlamentsauflösung durch den Landtag selbst wählen wird. Diese Entscheidung dürfte im wesentlichen von der Haltung des Zentrums abhängen, dessen Generalsekretär in Oldenburg kürzlich in einer Besprechung mitteilte, daß das Zentrum, falls von der Reichsleitung der Partei keine Bedenken staatspolitischer Art gegen die Auflösung des Landtages geltend gemacht würden, an einer weiteren Arbeit des jetzigen Parlaments kein Interesse habe.

Die Denkschrift Hitlers an den Reichskanzler

München, 18. Jan. Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz veröffentlicht heute den Wortlaut der Denkschrift Hitlers an den Reichskanzler. Hitler betont, er sei nicht in der Lage, die Aktion des Reichskanzlers wegen der Reichspräsidentenwahl als möglich anzusehen, sowohl vom rein verfassungsmäßigen Standpunkt, als auch auf Grund einer politischen Überlegung. Ein Aufbruch des Artikels 41 der Reichsverfassung, wonach der Reichspräsident vom nächsten Volke gewählt wird, könne durch verfassungsändernde Wehrheit des Reichstages nur stattfinden, wenn grundsätzlich damit auch das Recht des Reichstages auf Ablegung festgelegt werde. Sollte trotzdem die Aufhebung, das eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages, entgegen den klaren Bestimmungen der Reichsverfassung, einer Volksabstimmung gleichzusetzen sei, angenommen werden, dann müßte zumindest die Zusammenfassung des Reichstages den augenblicklichen und wirklichen Willen des Volkes, so wie er im März 1932 sei, zum Ausdruck bringen. Da dies nachweisbar bei dem augenblicklich bestehenden Reichstag nicht der Fall sei, müßte zuerst der Reichstag neu gewählt werden.

Die Denkschrift Hitlers an den Reichskanzler

„Ich sehe, Herr Reichskanzler, in jedem Vorgang, der zur Ueberwindung des heutigen Systems führen kann, einen außerpolitischen Gewinn Deutschlands. Ich sehe darin die einzige Möglichkeit, die deutsche Nation wieder vom Objekt des außenpolitischen Geschehens zu einem wertvollen Mitglied der zivilisierten Staatengemeinschaften zu machen. Erst wenn Deutschland wieder etwas zu bieten hat, wird man ihm etwas geben. Die effektive Unmöglichkeit der Erfüllung bestimmter Verträge wird erst dann in einen vernünftigen Rechtszustand verandelt, wenn für bestimmte Mächte die Freundschaft mit Deutschland mehr Gewinn bringt als das Beharren auf Verträgen, deren Erfüllung sich als praktisch unmöglich erweisen hat und deren Zweckmäßigkeit damit an sich nur mehr eine relative ist. Daß Deutschland heute nicht mehr zahlen kann, ist kein politisches Verbrechen irgendeiner Regierung, sondern eine durch eine unvermeidlich leid und gramvoller Not herbeigeführte, mit unabweisbarem Leid und gramvoller Not verbundene Katastrophe. Die Tatsache, daß es gelingt, in drei-seh Jahren ein gelingendes Unternehmen vollständig zahlungsfähig zu machen, ist keineswegs eine Garantie dafür, daß damit im vierzehnten Jahre ein Wiederaufstieg beginnt. Auf keinen Fall dann, wenn die Männer des Zusammenbruchs, statt mit ihm zu verschwinden, auch Direktoren des Wiederaufstiegs sein möchten. Somit ist die Frage der außenpolitischen Rehabilitierung Deutschlands letzten Endes eine Frage der moralischen Rehabilitierung unseres Volkes im Innern und damit eine Frage der Ueberwindung eines Systems, das in der Geschichte unzerstörlich verbunden sein wird mit der Periode der inneren und damit äußeren Entwertung unseres Volkes, begonnen im November 1918 und, so Gott will, beendet in einer nicht zu fernem Zeit. Aus diesen Erwägungen heraus muß ich einen Versuch ablehnen, der in der ganzen Art seiner Durchführung mit ein Beweis dafür zu sein scheint, wie man auf diesem Wege ein System zu retten gedenkt, dessen Verurteilung die Lebensvoraussetzung der deutschen Nation ist. Im übrigen ist es auch noch eine Frage der Moral, zum mindesten in unseren Augen, ob es ethisch erscheint, jahrelang an Staatsfeinde verurteilt zu werden, um dann als Menschen in weiter Ferne wieder mit dem Wortlaut einer Stellungnahme besetzt zu werden, deren Vorkämpfer anschließend kein Gefühl für das berechtigte Erkaunen der also Bevorzugten besitzen. — Auch aus dieser Empfindung heraus muß ich daher Ihren Vorschlag, Herr Reichskanzler, ablehnen. Ich bedaure nochmals, daß in die Aktion zur Rettung des Systems der Name des Reichspräsidenten einbezogen wurde, für den wir Kampfer des großen Krieges als dem Generalfeldmarschall unserer Oere unveränderliche, ehrende Dankbarkeit empfinden. Mit vorzüglicher Hochachtung Adolf Hitler.“

Hindenburg an Geheimrat Sering

Berlin, 18. Januar. Der Reichspräsident hat dem Minister der Agrarwissenschaften, dem Universitätsprofessor Geheimrat Dr. Max Sering, anlässlich der Vollendung seines 75. Lebensjahres den Adlerschild des Reiches verliehen und diese Ehrung mit einem persönlichen Handschreiben begleitet: „Zur Vollendung Ihres 75. Lebensjahres spreche ich Ihnen im Namen des Reiches und auch persönlich meine herzlichsten Glückwünsche aus. In langer, unermühter Arbeit als Forscher, Lehrer und Berater und in zahlreichen Schriften von grundlegender Bedeutung haben Sie an führender Stelle der Agrarwissenschaften neue Wege gewiesen. Durch Ihre wertvolle Mitarbeit an wichtigen Maßnahmen und Vorschlägen zur Förderung der Landwirtschaft und des Siedlungswezens, als mutiger Vorkämpfer für die Erhaltung, Stärkung und Mehrung bodenständigen deutschen Bauerntums und durch Ihr mannhaftes Eintreten für die unveräußerlichen Lebensrechte des deutschen Volkes haben Sie sich bleibende Verdienste erworben. Meiner besonderen Anerkennung und dem Danke des deutschen Volkes verleihe ich dadurch Ausdruck, daß ich Ihnen die Adlerschilder anerkenne, die das Deutsche Reich zu vergeben hat, den Adlerschild mit der Widmung: „Max Sering, dem Führer der Agrarwissenschaften, dem Räuber und Förderer deutschen Bauerntums.“ Mit den besten Grüßen und Wünschen für Ihr weiteres Wirken und Schaffen im Dienste von Volkstum und Staat bin ich Ihr sehr ergebener u. Hindenburg.“

Der Verfall des Reiches

Der Verfall des Reiches habe seinen Ausgangspunkt nicht so sehr in außenpolitischen Aktionen, als vielmehr in der innerpolitischen Zerschlagung des Volkstörpers durch die das heutige System vertretenden Parteien. Daher sei die unvermeidliche Voraussetzung für künftige außenpolitische Erfolge die innerpolitische Ueberwindung der Zerstückelungsarbeit, die Deutschland dorthin getrieben habe, wo es sich heute befindet. Es sei nicht einzusehen, wieso überhaupt innerpolitische Wahlen von Schaden sein könnten. Man könne nicht auf die Dauer annehmen, daß ein Volk durch ein Regiment wirkungsvoll nach außen hin vertreten werden kann, wenn dieses Regiment für die Notwendigkeit seines Daseins nichts anderes anzuführen habe als die Drohung mit dem, was an seine Stelle tritt, wenn es nicht mehr wäre. Wenn heute eine Regierung die Wichtigkeit ihres Daseins in London begründe mit dem sonst drohenden Bolschewismus und in Paris mit dem ebenso „ardidischen Nationalismus“, dann sei das für ihn als ebenfalls angesprochenen Schreden höchst ehrenvoll, für die deutsche Nation aber peinlich. Er halte es für unumgänglich notwendig, daß ein Regiment komme, dessen Existenz aus eigener Kraft, seine Daseinsberechtigung schöpfe. Hitler schließt seinen Brief folgendermaßen:

Der Verfall des Reiches

Der Verfall des Reiches habe seinen Ausgangspunkt nicht so sehr in außenpolitischen Aktionen, als vielmehr in der innerpolitischen Zerschlagung des Volkstörpers durch die das heutige System vertretenden Parteien. Daher sei die unvermeidliche Voraussetzung für künftige außenpolitische Erfolge die innerpolitische Ueberwindung der Zerstückelungsarbeit, die Deutschland dorthin getrieben habe, wo es sich heute befindet. Es sei nicht einzusehen, wieso überhaupt innerpolitische Wahlen von Schaden sein könnten. Man könne nicht auf die Dauer annehmen, daß ein Volk durch ein Regiment wirkungsvoll nach außen hin vertreten werden kann, wenn dieses Regiment für die Notwendigkeit seines Daseins nichts anderes anzuführen habe als die Drohung mit dem, was an seine Stelle tritt, wenn es nicht mehr wäre. Wenn heute eine Regierung die Wichtigkeit ihres Daseins in London begründe mit dem sonst drohenden Bolschewismus und in Paris mit dem ebenso „ardidischen Nationalismus“, dann sei das für ihn als ebenfalls angesprochenen Schreden höchst ehrenvoll, für die deutsche Nation aber peinlich. Er halte es für unumgänglich notwendig, daß ein Regiment komme, dessen Existenz aus eigener Kraft, seine Daseinsberechtigung schöpfe. Hitler schließt seinen Brief folgendermaßen:

Bureau über die Genfer Ergebnisse

Wien, 18. Jan. Bundeskanzler Dr. Buresch gab vor seiner Abfahrt dem Genfer Vertreter des BVB eine Erklärung ab, in der es heißt: „Ich möchte nachdrücklich betonen, daß die österreichische Regierung gewillt und auch imstande ist, ihre öffentlichen Verbindlichkeiten zeitlich reiflos zu erfüllen. Bei den kurzfristigen Verbindlichkeiten sind wir entschlossen, zu veranlassen, aber für die Kapitalrückzahlung werden wir eine für alle Gläubiger gleichgültige Stillhaltung in Anspruch nehmen. Unter Vorbehalt der Billigung des Finanzkomitees gefunden.“ Der Kanzler wies darauf hin, er habe im Genfer Finanzgespräch unterrichtet, daß Österreich größere wirtschaftliche Bewegungen, Freiheit und Erleichterungen für seinen Ausfuhrhandel gewährt werden und daß die Regierung zur Befriedigung notwendiger Investitionen so bald wie möglich entsprechende Kredite erhalten müsse.

Die Witwe Maximilian Gardens gestorben. Die Witwe Maximilian Gardens, Selma Gardens, ist Montag früh im Berliner Hofkranium gestorben. Man hatte sie in ihrer Wohnung bewußlos aufgefunden. Ihrem Aufsehen nach liegt sie seit dem 10. d. M.

Die Zeit arbeitet gegen Frankreich. Berlin wartet vor einer Konferenzvertagung. Aufhebung des Abzeichenverbots. Volksbegehren in Oldenburg erfolgreich. Eine Note MacDonalds an Laval. Die Denkschrift Hitlers an den Reichskanzler. Hindenburg an Geheimrat Sering. Bureau über die Genfer Ergebnisse.